

München, 12.11.2019

Doris Rauscher vertritt die SPD in der Kinderkommission des Bayerischen Landtags

Sozialpolitische Sprecherin setzt sich für eine Kindergrundsicherung und den Schutz vor Gewalt ein

Die sozialpolitische Sprecherin **Doris Rauscher** wird die SPD in der heute (12.11.) wieder eingesetzten Kinderkommission des Bayerischen Landtags bis zum Ende der laufenden Legislaturperiode vertreten. "Als Vorsitzende des Sozialausschusses freue ich mich darauf, einen Beitrag leisten zu können, die Voraussetzungen für Gesundheit, Bildung und Teilhabe von Kindern im Freistaat zu verbessern. Ganz besonders wichtig ist mir dabei die Bekämpfung der Kinderarmut, denn Armut in der Kindheit beeinträchtigt das ganze Leben", erklärt Rauscher.

Die SPD-Abgeordnete kämpft dafür, dass die Rechte von Kindern einen höheren Stellenwert in der Gesellschaft und im Bewusstsein der Menschen bekommen. "Die Rechte von Kindern müssen aus meiner Sicht im Grundgesetz stehen", erklärt Rauscher. Unumgänglich ist für die Abgeordnete die Einführung einer Kindergrundsicherung. Diese Leistung, die sich am sozioökonomischen Existenzminimum orientiert und dem Einkommenssteuersatz der Eltern unterliegt, wäre eine reine Kinderleistung, die alle Kinder materiell absichert.

Besonders wichtig ist Rauscher auch das Thema Kindergesundheit, insbesondere für Kinder mit seltenen Erkrankungen und Pflegebedürftigkeit. "Die Kinder und ihre Familien müssen an dieser Stelle dringend bessere Unterstützung erfahren!"

Zu weiteren Zielen, die sich Rauscher für ihre Arbeit gesetzt hat, zählen auch ein besserer Schutz von Kindern vor Gewalt und sexueller Ausbeutung. "Wir alle sind aufgerufen, hinzuschauen und Zeichen von Gewalt und Vernachlässigung von Kinder wahrzunehmen. Auf staatlicher Ebene geht es darum, Hilfs- und Beratungsangebote zu schaffen", erklärt die Abgeordnete aus Ebersberg.

Die familienpolitische Sprecherin will sich weiter dafür einsetzen, allen Kindern und Jugendlichen umfassende und gleiche Zugangschancen zu Bildung, Gesundheit und Freizeit zu ermöglichen. Armut in Familien dürfe nicht zu sozialer Ausgrenzung führen.